

Fadegrad

Die essbare Stadt



VON ROLAND SCHECK

Was immer die SVP tut, die linksgerichteten Medien geben Gegensteuer. Über sachpolitische Themen wird häufig verzerrt oder gar nicht berichtet. Wahlerfolge der SVP werden totgeschwiegen oder gar als Niederlagen ausgelegt. Andererseits werden unbedeutende Details, Personalien und angebliche Stillfragen aufgebauscht. Wer den Medien glaubt, kommt zum Schluss, dass die SVP alles falsch macht und die anderen alles richtig machen. Das hierdurch projizierte Bild ist aber falsch und schiesst weit an der Realität vorbei. Wer schon einmal einem Gemeinderatsbetrieb beigeohnt ist, stellt fest, dass es vornehmlich die anderen Parteien sind, die schlecht vorbereitet sind, undurchdachte Vorstösse lancieren oder Aufholbedarf bezüglich Anstandsregeln haben.

Weshalb wird nicht mit gleich langen Ellen gemessen? Weshalb legen die Medien stets den Mantel des Schweigens über die Unglaublichkeiten der rot-grünen Ratsseite, welche die Mehrheitsverhältnisse regelmässig zur Durchsetzung von hirnrisigen Ideen missbraucht und damit unser demokratisches System ad absurdum führt? Ein paar Musterli gefällig?

In der vergangenen Budgetdebatte überwies die rot-grüne Mehrheit ein Postulat zur verstärkten Bekämpfung von invasiven Neophyten auf dem Gemeindegebiet der Stadt Zürich und alimentierte dafür auch gleich Finanzmittel. Neophyten sind Pflanzen, die sich in einem Gebiet etabliert haben, in dem sie zuvor nicht heimisch waren. Bei den Menschen würde Rot-Grün am liebsten alle Schleusen öffnen. Bei den zugewanderten Pflanzen hingegen verlangt man deren Ausrottung. Wir lernen: fremde Pflanzen sind im Gegensatz zu fremden Menschen also keine «kulturelle Bereicherung».

Absurd wird es auch, wenn sich Rot-Grün in der Verkehrspolitik vertut. Zur angeblichen Veloförderung überwies eine Ratsmehrheit im vergangenen Herbst einen Vorstoss, der verlangt, dass in der Stadt Zürich auf den Hauptverkehrsachsen – also auf den Kantonsstrassen – die grünen Wellen auf Basis von Tempo 20 eingestellt werden. Oder Ende des letzten Jahres, als die rot-grüne Mehrheit des Gemeinderats den Stadtrat beauftragte, die ungenutzten Parkplätze in Tiefgaragen in Proberäume für Musikbands umzufunktionieren.

Der unbestrittene Höhepunkt trug sich aber in der vergangenen Budgetdebatte zu: Die Mehrheit des Gemeinderats überwies doch tatsächlich einen Vorstoss, um die Stadt Zürich in eine essbarere Stadt umzugestalten. Dabei soll zukünftig «Wechselflor mit standortgerechten, ökologisch sinnvollen, essbaren und ästhetischen Nutzpflanzen gestaltet werden, die von der Bevölkerung gemertet werden können». Mahlzeit!

Nicht auszudenken, wenn derartige Vorstösse von der SVP kämen. Wenn es aber die Guten tun, dann bleibt stumm im linken Blätterwald. So dass ja die bittere Realität zugedeckt bleibt.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Politische Erfahrung als Kernkompetenz – zum Sinn eines Übungsfeldes

Gedanken zum Jahresauftakt: Wenn man die Wirkung der Arbeit im Zürcher Gemeinderat zuweilen auch realistisch als nicht gerade weltbewegend erlebt, so ist es doch ein gutes Forum, um sich den unerlässlichen politischen Instinkt anzuweigen – ohne diesen liesse sich auch auf übergeordneten Ebenen kein Treffer erzielen.



B. IM OBERDORF GEMEINDERAT SVP ZÜRICH 12

Politisch wenig bewegend, aber dennoch wichtig sind die unbestrittenen Bestrebungen, den älteren Menschen eine gute Lebensqualität zu garantieren; gut ist die Ablehnung eines an sich schon überflüssigen Postulates für die Schaffung bürokratischer Strukturen «zur raschen Umsetzung der Energiewende», ärgerlich die Wirkung eines Postulates zur Schaffung eines Öko-Business-Planes. Betreffend der Verkehrspolitik wäre es noch schlimmer gekommen, hätte Roger Liebi die Grünen nicht zum Geständnis verleitet, grundsätzlich gegen das Auto ins Feld zu ziehen.

Vom Cannabis-Dunstkreis ...

Man hätte also den ersten Ratsabend im neuen Jahr als ereignislos abhaken können, wenn er nicht zu einer Mini-Hasch-Debatte geführt hätte. Bloss führte die vorschnelle Schliessung der Rednerliste dazu, dass sich insbesondere die in Hanf gekleidete Linke mit ihren Plädoyers für den Cannabis-Pi-

lotversuch stark machen konnte. Die SVP musste sich so auf zwei Voten beschränken: **Marina Garzotto** begründete die Ablehnung des Postulates damit, dass alle Drogen gefährlich und giftig seien – und **Mauro Tuena** verwies darauf, dass mit einem solchen Pilotversuch dann Zürich zum Mekka der Kiffer werde. So blieb die SVP mit der ablehnenden Kenntnisnahme des Berichtes allein auf weiter Flur. Daher war durch den Cannabis-Dunstkreis eher ein Blick zurück auf das Ergebnis der Budgetdebatte angebracht: Diese hat zwar keine massgeblichen Spareffekte bewirkt, weil auch hier die SVP mit ihren Anträgen meist isoliert auf verlorenem Posten stand.

Es galt damals, in sieben Marathon-sitzungen – die teilweise bis Mitternacht dauerten – von Mittwoch bis Samstag über rund 320 Anträge zu befinden.

... zum Sinn von Monsterdebatten

Wenn man nach dem Sinn solcher Monsterdebatten fragt, wird man diesen nicht am mageren Ergebnis messen können, sondern aus der Sicht der SVP daran, dass ein Zeichen gesetzt wurde. Die Frage bleibt, ob der riesige Aufwand auch hinreichend lohnend

war, weil der auf Effizienz bedachte Ratspräsident die Debatte mit den immer wieder geschlossenen Rednerlisten zu einer Fließbandproduktion umfunktionierte, die nur noch in seltenen Momenten politische Zeichen setzende Debatten erlaubte; und wenn, dann ausgerechnet bei in Wirklichkeit beschämenden Nebensächlichkeiten, die aber skandalös genug sind, emotionale Auseinandersetzungen auszulösen – ein Beispiel lieferte der unsägliche Hafenkran.

So war es bewundernswert, mit welchem grossem Einsatz der Fraktionschef **Mauro Tuena** die Debatte vorbereitete, mit einem perfekten Drehbuch und mit grosser Disziplin. Zu dieser musste er auch anhalten, weil im Zuge einer monoton werdenden Fließbandfertigung die Aufmerksamkeit der Fraktionsmitglieder strapaziert wurde, so dass verschiedentlich bei rasch aufeinanderfolgenden Abstimmungen das Klemmen des Abstimmungsknopfes übersehen werden oder auch der Druck auf den Knopf im Stimmengewirr untergehen konnte. In sachlicher Hinsicht war der Einsatz und die Dossierkenntnisse des Präsidenten der federführenden Rechnungsprüfungskommission, **Roger Liebi**, bravourös

und die Einarbeitung des neuen RPK-Mitgliedes, **Daniel Regli**, war bemerkenswert. Eindrücklich ist aber auch Einsatz und Disziplin der ganzen Fraktion, die sich zur Vorbereitung an zwei Samstagen zu Budgetklausuren zusammenfand.

Aufbau der Pfeiler des Erfolges

Wenn manchmal auch nicht viel Vernünftiges bewirkt wird und Unsinniges nicht verhindert werden kann, so ist der Gemeinderat doch ein Parlament, in welchem man nicht nur das politische Handwerk erlernen, sondern auch die politische Erfahrung, den Instinkt entwickeln kann.

Mit diesem Rüstzeug macht man dann auch auf nationaler Ebene eine wirkungsvollere Politik, als wenn man im Eilzugtempo dank Protektion in die heiligen Hallen des eidgenössischen Parlamentes gehoben wird. Dann kann auch das Zürcher Stadt-Parlament nicht das Ziel, sondern der Weg zur kantonalen oder nationalen Ebene sein. So sind es auch Arbeiten auf kommunaler und kantonaler Ebene, das Einüben von Strategien und die Gewinnung von Erfahrungen und nicht die Eilzugskarrieren, die später langfristig zum Erfolg führen.

ZÜRCHS SCHULDENPOLITIK IM BANNE DER ZUWANDERUNG

Die Schuldenmacher

In den USA spricht man vom «Fiscal Cliff», in der EU von Rettungsschirmen für die überschuldeten Peripheriestaaten. Dabei muss der Blick gar nicht in die Ferne gehen, leider nicht!



GEMEINDERAT ROGER LIEBI PRÄSIDENT SVP STADT ZÜRICH

Der scheidende Finanzvorsteher Martin Vollenwyder – also jener Stadtrat, der die Politik der Schuldenmacher im besten Falle umzusetzen hatte, im schlechtesten Falle mitgeprägt hat – sah sich im September 2012 genötigt, ein rigoroses Sparprogramm anzukündigen. Selbstverständlich konnte man dieses Programm nicht beim Namen nennen, weil sonst wohl die Gefolgschaft von Linken und Gewerkschaften gefährdet wäre. Also benannte man es schlicht «Leistungsüberprüfung 17/0».

Liest man aber die Zahlen und interpretiert die von Stadtrat Vollenwyder ausdrücklich als besorgniserregend bezeichnete Schuldenentwicklung, so sieht jedermann: Die Stadt Zürich ist auf einer Gipfeltour, dem Grat entlang. Es gibt nur Umkehr oder Absturz.

Exzessives Bevölkerungswachstum

Die Erkenntnisse aus der europäischen Schuldenkrise zeigen, dass nicht die laufenden Haushalte (Erfolgsrechnung), sondern die Bilanzen der Staaten zum Absturz führten. Tiefe Zinsen verleiteten zu einer Überinterpretation und Anwendung des Keynesianischen Modelles zur Investitionsrolle des Staates. So leider auch in der Stadt Zürich.

Das rasante Wachstum der Stadt führte und führt zu einer hochrisikanten Finanzsituation für die Stadt. Allein der notwendige Ausbau des Öffentlichen Verkehrs (ÖV), die Energieversorgung, der öffentliche Dienst, Linderung der Wohnungsknappheit (durch die allerdings völlig falsche, wenn auch gutgemeinte Aktion «zahlbare Wohnungen») usw., alle ausgelöst durch exzessives Bevölkerungswachstum in kürzester Zeit, verschlingen Milliarden von Franken. Hinzu kommt der völlig ideologisch geprägte

schuldenfinanzierte Umbau der Stadt Zürich, weg von der prosperierenden Handels- und Gewerbestadt zur wertschöpfungsreichen Wohlfühlweise.

Systemische und strukturelle Defizite

Bei einer Selbstfinanzierung von unter 50 % sind wichtige Infrastrukturprojekte oder deren Unterhalt gefährdeter denn je.

Ein Gang oder eine Fahrt durch die Stadt Zürich zeigen anhand der Architektur neuer Vielwohnungsbauten schon heute die Rückkehr zu längst für alle Zeit verbanntem gelaubtem Städtebau. Immer mehr Retorte, immer weniger Flair.

Die von linken, grünen und labilen Politikern verbreitete Mär, dass die grenzenlose Zuwanderung absolut Mehrwert schaffe, lässt sich immer einfacher, auch aus finanzieller Sicht, zurückweisen.

Das Steueraufkommen deckt den Aufwand längerfristig nicht mehr. Die nun zur Gewohnheit werdenden Rechnungsdefizite sind systemischer und struktureller Natur.

Bevor es zu spät ist

Die Glut lodert im Dachstock und im Fundament.

Die Gefahr droht vom rot-grünen Stadtrat, der sich getreu dem hellenischen Modell in den vergangenen zehn Jahren einen Verwaltungsmoloch mit offensichtlich treuen Wählern geschaffen hat.

Sie droht aber auch im Fundament, von den machtbesessenen, wirtschaftsfremden roten und grünen Parteien des Gemeinderates, die mehr auf eigenen Befindlichkeiten beruhen als auf den wahren langfristigen Bedürfnissen der Bevölkerung und deren Kindern.

Bestes Beispiel ist ein politischer Vorstoss (!) der Grünliberalen Partei, die Gemeinderatssitzungen tagsüber abzuhalten, da deren Fraktionschef am Abend bei der Familie sein möchte ...

Die Entwicklung der letzten Jahre schreit nach Veränderung, bevor es zu spät ist, bevor die Bevölkerung leidet und sich die zuständigen Politiker mit üppigen Entschuldigungen aus der Verantwortung ziehen.

Weg von der Traumschiffpolitik

Die SVP fordert deshalb, dass ihre Forderung zur Reduktion der Stadtratssitze von 9 auf 7 sehr entschlossen angepackt und dem Gemeinderat und der Stimmbevölkerung in der kürzest möglichen Zeit vorgelegt wird.

Die SVP fordert den Stadtrat auf, von seiner Traumschiffpolitik wegzukommen und sich auf die erfolgreichen, bescheidenen Tugenden Zürichs zurückzubekennen.

Die Wählerinnen und Wähler der Stadt Zürich sind in ihrem eigenen Interesse und v. a. in jenem ihrer Kinder und Kindeskinde aufgerufen, links-grün in der Regierung anlässlich der Ersatzwahl 2013 nicht noch mehr zu stärken und ab 2014 auf eine Umkehr der Machtverhältnisse hin zu den bürgerlichen Parteien zu streben. Die SVP als stärkste und allen Bevölkerungsschichten verbundene Partei will dabei eine zentrale Rolle einnehmen.

Zürich darf nicht länger Spielball linker und grüner Fantasten bleiben!

Nettoschulden Stadt Zürich in Mio. Franken

